

C·A·PANORAMA

des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Forschungsgruppe Europa
Forschungsgruppe Zukunftsfragen
Forschungsgruppe Jugend und Europa
Forschungsgruppe Deutschland

Das Ende der Privatheit?

„Decisions Makers“ aus Europa, Amerika und Asien diskutieren die Themen der Zukunft

Im neuen Jahrhundert berührt die Kombination aus Computertechnik, Chip-Karten und immer tieferen Kenntnissen der menschlichen Genetik die Privatsphäre des Einzelnen in ganz neuer Form. Wie moderne Gesellschaften mit personenbezogenen Informationen umgehen und welche Nischen des Privaten sie als schützenswert erachten, ist eine der großen Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts - ein Thema, das Europäer, Amerikaner und Asiaten gleichermaßen beschäftigt. Zur Antwortsuche auf diese Zeitfragen hat die Forschungsgruppe Zukunftsfragen im Rahmen des gemeinsam mit der Hoechst-Stiftung durchgeführten Projektes „Wie wir morgen leben wollen“ Wissenschaftler, Politiker, Unternehmer und Künstler aus allen drei Regionen nach Frankfurt eingeladen. Ziel der Konferenz war es, einen trilateralen Dialog innerhalb der Generation von Entscheidern, Denkern und Machern anzustoßen, die den gesellschaftlichen Wandel der nächsten Jahrzehnte beobachten, beeinflussen und prägen werden.

Während der Konferenz wurden zwar kulturell oder geographisch geprägte Unterschiedlichkeiten bei der Gewichtung einzelner Themenfacetten deutlich, auffällig war aber auch ein hohes Maß an Übereinstimmung, das im Blick auf die bestimmenden Themen von morgen zum Tragen kam. Von allen betont: Die Schnelligkeit des technologischen Wandels und dessen Bedeutung als treibende Kraft einer gesellschaftlichen Zeitenwende; das Altern der Gesellschaften und die Konsequenzen für Arbeits-, Renten- und Gesundheitssysteme; die Notwendigkeit der Zivilgesellschaft, Lücken zu schließen, die Staat und Wirtschaft nicht länger füllen können oder wollen; die Definition und der Schutz des Privaten im Zeitalter genetischer Profile und weltumspannender Datenverarbeitung.

Wie bei allen anderen Themen wurden auch in bezug auf Fragen einer weltumspannenden Datenverarbeitung konkrete Handlungsempfehlungen ausgesprochen. So ist es nach der Ansicht der Wissenschaftsjournalistin und ehemaligen NASA-Wissenschaftlerin Moira Gunn technisch ohne weiteres möglich, einen Daten- und Persönlichkeitsschutz in die Infrastruktur des Informationszeitalters einzubauen. David Brin, amerikanischer Schriftsteller und Astrophysiker, forderte, die gläserne Gesellschaft als Tatsache anzuerkennen und auf der Basis dieser neuen Realität die Prinzipien „Transparenz“ und „Verantwortlichkeit“ tiefer zu verankern: Transparenz als das Recht auf freien Zugang zur Information. Verantwortlichkeit als die deutliche, für jedermann nachvollziehbare Sanktionierung und Bestrafung von Informationsmißbrauch. Die Veranstaltung ist unter www.hoechst-forum.uni-muenchen.de dokumentiert.



Gregory Stock, University of California, und Kriengsak Chareonwongsak, Institute of Future Studies for Development, während der Konferenz „Decisions Makers“.

I N H A L T

C·A·Prolog

Transparenz ... 2

C·A·Programm

Konfliktforschung 3

Politische Bildung 4

Zukunftsforschung 5

Europaforschung 6

Regierungssystem

und Regierungshandeln 7

C·A·Panoptikum

Deutschlandforschung 8

Transatlantische

Beziehungen 10

Neue Kooperationen 11

Planspielkonzepte 11

Konzept der

Direkten Nachbarschaft 12

C·A·Personalia

Veranstaltungen 13

Mitarbeiter 13

Gastprofessuren 14

Gäste 14

C·A·Publikationen

Neuerscheinungen 15

C·A·Postskriptum

Sicherheitspolitik 16

C·A·Planung 16

Transparenz...

... erfordert, daß Strukturen sich im Wachstum anpassen und erneuern, nicht nur in der Politik. Auch das Centrum für angewandte Politikforschung hat sich in den letzten Jahren verändert, ist gewachsen und hat neue, spannende Arbeitsfelder erschlossen: Mit der Bertelsmann Stiftung und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung hat das C·A·P in den letzten Monaten die künftige Ausrichtung der „Strategien für Europa“ entwickelt, für den Arbeitsbereich „Europa und der Nahe Osten“ haben beide Partner ebenfalls einen neuen inhaltlich-konzeptionellen Impuls vereinbart. Die Bertelsmann Stiftung hat zudem die Fortführung des Projekts zur Toleranz- und Demokratieerziehung und des Internationalen Netzwerks der Toleranzinitiativen bewilligt.

Partner und Initiativen

Im Bereich der Forschungsgruppe Europa wurden zwei anspruchsvolle Projekte neu begonnen: Das C·A·P wird den nächsten Zyklus der von der HypoVereinsbank getragenen Kempfenhausener Gespräche zum Thema „Europäische Nachbarschaft“ als wissenschaftlicher Partner begleiten. In Zusammenarbeit mit Philip Morris haben wir eine Kolloquienreihe unter dem Titel „Geist & Zeit“ entwickelt, die im Herbst beginnen wird. Daneben wird das C·A·P im Herbst eine internationale Journalistenkonferenz zur europäischen Politik für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung durchführen. Diese Beispiele neuer Initiativen unterstreichen die besondere Rolle, die sich das Centrum für angewandte Politikforschung als der unabhängige Think Tank im Bereich der Außen- und Europapolitik, der politischen Analyse der deutschen Politik wie der Abschätzung von Zukunftsfragen der Gesellschaftsentwicklung und der politischen Bildung erarbeitet hat. Angewandte Forschung ist, das zeigen die Ergebnisse und Erfolge der letzten Jahre, eine notwendige und sinnvolle Ergänzung des politischen Prozesses einerseits und eine Bereicherung für Wissenschaft, Universität und Öffentlichkeit andererseits.

Strukturreform der Forschungsgruppen

Der Erfolg und die Ausdehnung unserer Arbeit benötigt dazu Transparenz. Wir wollen dieses Anliegen in zwei Richtungen umsetzen: Zum einen durch eine Strukturreform der Forschungsgruppen des Centrums. Künftig werden wir alle Projekte und Initiativen, die gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung durchgeführt werden, in einer eigenen „Bertelsmann Forschungsgruppe Internationale Politik“ bündeln. Die Wahl des Namens bringt die besondere Dichte der Zusammenarbeit und das substantielle wie kontinuierliche Engagement dieser operativen Stiftung zum Ausdruck. Wir empfinden die namentliche Verankerung dieses Engagements als Auszeichnung und Anerkennung für eine erfolgreiche Kooperation in den letzten 13 Jahren und in der Zukunft.

Newsletter und Homepage

Die andere Seite unserer Transparenzinitiative liegt vor Ihnen. Von nun an wird unser Newsletter im doppelten Umfang und mit aufgefrischem Layout über den Gesamttrahmen der Arbeit des C·A·P berichten. Gleichzeitig aktualisieren und erweitern wir ständig den Leistungsumfang unserer Homepage. In den kommenden Monaten werden alle unsere Abonnenten Informationen über neue, interaktive Kommunikationswege mit dem C·A·P erhalten. Sollten Sie noch kein regelmäßiger Nutzer sein, schauen Sie sich bitte unsere Seiten an. Unter cap.uni-muenchen.de sind wir rund um die Uhr geöffnet. Im Herbst diesen Jahres erhält das C·A·P schließlich ein neues Gesicht – nach der Sommerpause beziehen wir eine schöne alte Villa in München-Bogenhausen, deren Jugendstil den jungen Charakter des Centrums harmonisch abrunden soll.

Wir sehen uns dort. Für die Zwischenzeit wünschen wir allen Partnern, Mitdenkern und Freunden des C·A·P einen erholsamen Sommer.

Josef Janning

– Stv. Direktor des C·A·P –

Konflikte mit friedlichen Mitteln regeln – Eine Überforderung?

Die Unfähigkeit, Konflikte mit friedlichen Mitteln zu regeln, hat erhebliche Folgen für alle Beteiligten. Es müssen nicht gleich Zerstörung und Tod sein, oft sind es Diskriminierungen, Benachteiligungen oder aber das Wegschauen einer Mehrheit gegenüber den Bedürfnissen einer Minderheit, die Ausdruck dieser Unfähigkeit sind. In der globalisierten Welt, in der unterschiedliche Werte, Normen, Religionen, Lebensweisen und -stile miteinander um Geltung ringen, wird die Fähigkeit zum friedlichen Umgang mit den aus der Vielfalt entstehenden Konflikten an Bedeutung gewinnen. Nicht jeder ist in der Lage, Vielfalt als Bereicherung wahrzunehmen und nicht jeder ist fähig, die Bedürfnisse anderer, die einem fremd und vielleicht auch unsinnig erscheinen, als gleichberechtigt anzuerkennen.

Um Toleranz und Wege friedlicher Konfliktregulierung zu fördern, haben die Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und die Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P das „Internationale Netzwerk Erziehung zu Demokratie, Menschenrechten und Toleranz“ initiiert. Institutionen und Wissenschaftler aus acht Nationen aus Europa, den USA und dem Nahen Osten wurden eingeladen, sich intensiv am Austausch und der Erarbeitung neuer Methoden und Wege zur Förderung von Toleranz zu beteiligen.

Nach der Gründungskonferenz in München im letzten Dezember haben sich zwei Arbeitsgruppen gebildet: Die AG 1 widmet sich Fragen der Methodik. Dazu gehört zur Zeit beispielsweise die Frage, mit welchen Methoden sich die durch unterschiedliche Sprachkompetenzen bestehende Ungleichheit im Seminarraum bearbeiten läßt. Weiterhin wird hier ein Konzept für ein Internetangebot erarbeitet, von dem aus Mittler der politischen Bildung, aber auch Journalisten, aktuelle und umfassende Informationen über Toleranz-erziehung abrufen können. Dazu gehören nicht nur Hinweise auf bewährte und neue Praxishandbücher, sondern auch „Examples of good practice“ mit einer umfassenden download Funktion. Ziel ist es, eine „Toleranz-Web-Page“ mit jeweils aktuellen Informationen bieten zu können, die von Lehrern und Mittelern sofort für ihre Arbeit eingesetzt werden können. Die AG 2 hingegen arbeitet an konzeptionellen Fragestellungen: Zur Zeit erarbeitet die Gruppe das Konzept für einen Bericht über die Kosten der Intoleranz und die Kosten der Toleranz in einer Gesellschaft. Sollte sich das Konzept als tragfähig erweisen, werden die Projektpartner jährlich einen derartigen Bericht publizieren.

Auf der nächsten internationalen Konferenz im November werden die Mitglieder der Arbeitsgruppen nicht nur Ergebnisse ihrer Arbeit präsentieren, sondern auch als neues Mitglied die Benigno S. Aquino Jr. Foundation, Manila, Philippinen begrüßen. Die Aquino Foundation wird von der ehemaligen Präsidentin der Philippinen, Frau Corazon Aquino, geleitet und gehört zu den führenden Institutionen der Toleranz- und Demokratieförderung in Südostasien.

Internationales Netzwerk

Projektziele

Wege demokratischer Konfliktregelung ..

... werden verstärkt von Zielgruppen nachgefragt, deren Arbeitsumfeld die Orientierung an der Maxime Toleranz verlangt. ACHTUNG (+) TOLERANZ, das Seminkonzept von Susanne Ulrich zur Förderung von Toleranz- und Kommunikationskompetenz, wird mit Unterstützung der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung ab September 1999 die Grundlage eines umfassenden Aus- und Weiterbildungsangebots der

Polizei in Niedersachsen und der öffentlichen Verwaltung in München und Potsdam sein. Testseminare haben gezeigt, daß dieses Trainingsprogramm den Teilnehmenden die Möglichkeit bietet, eingefahrene Verhaltensmuster zu hinterfragen. Vor allem aber werden Methoden vorgestellt und gemeinsam Handlungsalternativen entwickelt, um den alltäglichen Problemen mit extremen Positionen und aggressiven Umgangsformen gewaltfrei und deeskalierend zu begegnen.

Jugendparlament mit Modellcharakter

Zwei Tage hatten Jugendliche aus ganz Deutschland die Möglichkeit, Politikgestaltungsprozesse im Bayerischen Landtag zu simulieren. Die Forschungsgruppe Jugend und Europa konzipierte dazu das von der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland geförderte Simulationsmodell „Jugendparlament für Europa“.



Das Jugendparlament im Bayerischen Landtag in „Aktion“. Exemplarisch für das Engagement der Jugendlichen steht die Aussage einer Teilnehmerin: „Was auf jeden Fall wichtig ist: Zu zeigen, daß auch Jugendliche sich für das Thema Europa interessieren, eine Meinung haben und diese auch vertreten können.“

Modell
„Jugendparlament“

Entscheidungsfindung
in der Europapolitik

Zwei Tage lang unterzog sich der Bayerische Landtag einer außergewöhnlichen Verjüngungskur. Rund 150 Jugendliche aus ganz Deutschland im Alter zwischen 16 und 25 Jahren traten den Beweis an, daß Politikverdrossenheit kein Phänomen ist, das sich pauschal und ohne Reflexion auf die junge Generation übertragen läßt. Stumm und wortlos blieb niemand der teilnehmenden Jugendlichen am „Jugendparlament für Europa“. Europarelevante Themen wurden intensiv analysiert, mit Europa-Parlamentariern diskutiert und schließlich selbständig in Entschliefungen formuliert, die an das Europäische Parlament weitergereicht wurden.

Jugendparlamente sind zu einer festen Größe in der jugendpolitischen Bildungsarbeit geworden. Sie ergänzen die klassischen Bildungsmöglichkeiten um eine lebendige und selbstmotivierende Variante und setzen notwendige erlebnis- und handlungsorientierte Impulse. Jugendliche werden so zu gestaltenden politischen Akteuren in der Demokratie und verbleiben nicht in einer passiven Rezipientenrolle trockener Staatskunde. Besonders im ereignisreichen Integrationsprozeß Europas muß es ein Hauptziel von Politik sein, politisch aktive und nicht apathische und desinteressierte Jugendliche in die europäische Zukunft zu führen. Doch nur, wenn – wie im Fall der Jugendparlamente – auf „Übung“ gesetzt wird, können Gesellschaft und Politik später auf entsprechende Problemlösungs- und Toleranzkompetenz der heranwachsenden Unionsbürger zurückgreifen.

Jugendparlamente mit Fokussierung auf den strikten Repräsentationscharakter laufen Gefahr, durch die weitgehende Adaption der politischen Realität den notwendigen Freiraum der Teilnehmenden durch traditionelle Politikmuster einzuschränken. Deshalb wurde mit dem von der Forschungsgruppe Jugend und Europa konzipierten und von der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland geförderten Projekt „Jugendparlament für Europa“ ein neuer, modellhafter Weg beschritten. Anstelle konkret zu vertretender politischer Positionen einer Partei oder Fraktion war das „Jugendparlament“ tatsächlich Forum: Die Jugendlichen selbst standen mit ihren Ideen im Mittelpunkt. Sie erlebten Chancen und Grenzen von Europapolitik hautnah. Ein 17jähriger Jungparlamentarier brachte es auf den Punkt: „Nichts gegen die Politiker. Aber auf das Nachspielen eines echten Politikers habe ich keine Lust. Ich will schließlich selbst was sagen.“ Schon in der Ausschreibung setzten die beiden Organisatorinnen Anja Edelhäuser und Monique Sintenis deshalb auf ein Novum. Es wurde Wert auf eine offene Beteiligungsform ohne selektierende Zwischeninstanz (wie Schule oder Träger politischer Bildungsarbeit) gelegt und dafür auch das Internet genutzt.

Dr. Barbara Tham von der Forschungsgruppe Jugend und Europa hatte im Rahmen ihrer Eröffnungsrede zum Jugendparlament darauf hingewiesen, daß europäische Politik nicht nur in Brüssel stattfinden dürfe. Das „Jugendparlament für Europa“ war bester Beweis dafür: Entscheidungsfindung in der Europapolitik muß nicht nur gelehrt, sondern auch überall und jederzeit gelebt werden können. Dank der Unterstützung des Bayerischen Landtages, der Bayerischen Staatskanzlei und der Stadt München wurde dies an zwei Tagen im Maximilianeum möglich.

Digitalisierung: „Die Politik hinkt der Realität hinterher.“

Zukunftswerkstätten nehmen Erfahrungsaustausch im Centrum für angewandte Politikforschung auf.

Die Vernetzung (oder auch: die Digitalisierung) bewirkt grundsätzliche, andauernde Änderungen im Wirtschaften und verändert die Bedingungen für Politik und Gesellschaft. Die Wahrnehmung der politischen Akteure hinkt dieser neuen Realität jedoch hinterher. Etablierte Sozialstrukturen der industriellen und postindustriellen Gesellschaft lösen sich auf, aber die Politik tut so, als seien diese Strukturen immer noch stabil. Vieles deutet darauf hin, daß die Politik in der vernetzten Ökonomie dabei ist, ihre Steuerungsfunktion zu verlieren, und oft scheint es bereits auch so, als verzichte sie auf „Steuerungsambitionen“ (Werner Weidenfeld) angesichts der Eigendynamik, die die digitale Revolution entfaltet. Diese Themenaspekte standen im Zentrum des Workshops „Zukunftsentwürfe“, der im C·A·P stattfand. Im Rahmen des gemeinsam mit der Hoechst Foundation durchgeführten Projekts „Wie wir morgen leben wollen“ hatte die Forschungsgruppe Zukunftsfragen verschiedene deutsche Forschungsinstitute, die sich mit gesellschaftlichen Entwicklungen im nächsten Jahrhundert beschäftigen, erstmals an einen Tisch gebracht.

Uwe Jean Heuser, bei der ZEIT für das Projekt Reformwerkstatt verantwortlich, ging in seiner Betrachtung einer vernetzten Ökonomie vor allem darauf ein, wie die digitale Revolution soziale Eckpunkte der Industriegesellschaft radikal verändert. „Die Vernetzung“, so Heuser, „klaut uns die alte Stabilität - von Arbeitsumfeld und Karriere, von sozialem Status und sozialem Umfeld“. Sie nehme etablierte Sozialstrukturen auseinander und liefere gleichzeitig die Bausteine für eine neue Struktur, geprägt von Vielfalt, Schnelligkeit und Flexibilität. Bereiche wie Arbeit und Bildung würden in wachsendem Maße ihre Bedeutung als Gemeinschaftserlebnisse verlieren und sich zu einer „individuellen Angelegenheit“ entwickeln.

Prof. Frederic Vester, Leiter der Studiengruppe Biologie und Umwelt in München, machte deutlich, daß vernetztes Denken, Planen und Handeln eine Grundvoraussetzung dafür sei, um in einer Welt zurechtzukommen, in der die Masse an Informationen zu einer bis dato nicht gekannten „Streßdichte“ führe. Als zentrale Aufgabe für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft nannte Vester den Konsens zwischen Natur und Technik. Nach seiner Meinung gehe es insbesondere darum, von der lebenden Natur zu lernen, d.h. Strukturen und Techniken der Natur abzuschauen und in modernen Technologien umzusetzen. Gerade in der Mikroelektronik sieht er wichtige Anwendungschancen für eine umweltverträgliche Entwicklung, da sie Naturprinzipien wie geringem Materialbedarf, minimalem Energieverbrauch und hoher Speicherkapazität sehr nahekomme.

Was Zukunftsszenarien zu leisten vermögen, war ein weiteres zentrales Thema des Workshops. Einigkeit bestand dahingehend, daß Szenarien vor allem als Frühwarnsysteme dienen können, die ein möglichst solides Fundament an Empirie und Analysen zur präzisen Beschreibung gesellschaftlicher Entwicklungen nutzen. So illustrierte Prof. Jürgen Gausemeier vom Heinz Nixdorf Institut der Universität Paderborn anhand der Szenario-Technik, wie sich eine Reihe von Schlüsselfaktoren (Trends, Handlungsstrategien etc.) in einem mehrstufigen Prozeß zu Szenarien verdichten lassen. Als ein Instrument, das der Unterfütterung vorgeprägter Ziele und Leitbilder diene, seien Szenarien jedoch bedenklich, so Gero von Randow (Reformwerkstatt der ZEIT).

Weitere Informationen zum Thema können abgerufen werden unter: www.hoechst-forum.uni-muenchen.de.



Professor Frederic Vester, Leiter der Studiengruppe Biologie und Umwelt in München.

Folgen der Vernetzung

Konsens zwischen Natur und Technik

Frühwarnsysteme

Wohlstandsgefälle durch EU-Integration in Osteuropa

Im Warschauer Präsidentenpalast diskutierten Politiker, Wissenschaftler und Publizisten aus Ost- und Westeuropa im Rahmen des 5. Internationalen Bertelsmann Forums über die neue Gestalt Europas. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten der Republik Polen, Aleksander Kwasniewski, sowie den Staatssekretär in der Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen, Andrzej Majkowski, stellte der Direktor des Centrum für angewandte Politikforschung und Mitglied des Vorstandes der Bertelsmann Stiftung, Werner Weidenfeld, das von der Forschungsgruppe Europa erarbeitete Strategiepapier „Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union“ vor. Er rückte dabei zwei Grundfragen in den Mittelpunkt seiner Einführung, die zugleich den Rahmen für die nachfolgenden Diskussionsrunden bildeten: Wie weit reicht die innere Konsistenz politischer Einheit und was ist zu deren Erhalt und Verdichtung nötig; welches Maß braucht der Solidarrahmen Europas? Wie organisieren die Europäer ihre neue Nachbarschaften, wo liegen deren Risiken und was sind die angemessenen Handlungsoptionen?

Nachdrücklich wurden im Verlauf des Forums die wachsenden Wünsche und Ansprüche der mittel- und osteuropäischen Staaten an die Europäische Union deutlich. Für die meisten Staaten dieser Region ist die Europäische Union nach dem Zerfall des sowjetischen Blocks ein zentrales Integrationsinstrument. Kritisch wurde angemerkt, daß von den Mittel- und Osteuropastrategien der Europäischen Union im wesentlichen nur die Beitrittskandidaten, nicht aber die von den Erweiterungsverhandlungen ausgeschlossenen Staaten, profitieren. Vielfach wurde insbesondere von den osteuropäischen Teilnehmern angemerkt, daß sich eine Verschiebung der Wohlstandsgrenze nach Osten abzeichne. Begrüßt wurden deshalb die insbesondere mit Blick auf Länder wie Rußland und die Ukraine im Strategiepapier geforderten neuen Formen von Interimsabkommen, Assoziierungen und Partnerschaftsverträgen. Auch hinsichtlich der Türkei, die entscheidende Bedeutung für das künftige Gefüge des großen Europa haben wird, wurden Formen einer Rollenzuschreibung während des Forums diskutiert.

Übereinstimmung zwischen nahezu allen Teilnehmern des Forums bestand bezüglich der künftigen Schlüsselrolle Polens bei der Stabilisierung und Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Region. So forderte beispielsweise der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker eine möglichst schnelle Integration Polens und verwies auf die Chance Polens, zum zentralen Ort Europas zu werden, von dem aus es gelingen könne, aus zwei Halben ein ganzes Europa zu machen.

Aus dem Strategiepapier:*

... Das Hauptproblem in Europas Nachbarschaft ist jedoch das wachsende normative Gefälle an seiner Peripherie. Europas zukünftige Grenzen werden zunehmende politische, wirtschaftliche und soziale Asymmetrien markieren. Die Osterweiterung droht diese Divergenz zu verstärken. Die künftige Trennlinie durch den Kontinent wird das Modernisierungsgefälle sein. Dieses Gefälle ist am deutlichsten auf der wirtschaftlichen Ebene sichtbar. Die weitgehende Vernachlässigung demokratischer und marktwirtschaftlicher Wertvorstellungen und des westlich-liberalen Gesellschaftsmodells könnten sich jedoch am bedrohlichsten auswirken. Zur glei-

chen Zeit wächst das soziale Gefälle. Die Länder der GUS und auf dem Balkan sehen sich konfrontiert mit zunehmender Verarmung großer Teile ihrer Bevölkerungen, mit sinkender Lebenserwartung, verfallenden Gesundheitssystemen und der Verbreitung von längst in Europa als ausgestorben geltenden Seuchen. Nicht das Gespenst einer durch das Schengener Abkommen entstehenden Grenze, sondern dieses normative Gefälle mit den daraus resultierenden Risiken der grenzüberschreitenden Kriminalität, Migration und der Bedrohung durch Umweltschäden bildet die größte Herausforderung für gutnachbarschaftliche Beziehungen in Europa. .

*Das Strategiepapier „Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union“ kann am Centrum für angewandte Politikforschung angefordert werden.



Die Teilnehmer des 5. Internationalen Bertelsmann Forums im Warschauer Präsidentenpalast.

Teletubbies und Sofa-Politik - Der Wandel von Politikstilen

Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Dieser Frage ging die Forschungsgruppe Deutschland in einer Kooperationstagung mit der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth nach. Die Konferenz, an der Experten aus Deutschland, Großbritannien und den USA teilnahmen, war ein Beitrag der Forschungsgruppe zum 50jährigen Bestehen der Bundesrepublik. Dabei wurde nicht der traditionelle Themenkatalog der Jubiläumsveranstaltungen aufgegriffen, sondern mit einem originellen Ansatz zentrale Aspekte deutscher Geschichte beleuchtet: Welche Konsequenzen ziehen die zwischen Reformstau und abnehmenden Gestaltungsspielraum gefangenen Bundesregierungen für ihren Politikstil? Wie sind diese im historischen und internationalen Vergleich zu verorten?

Zum Auftakt untersuchte PD Dr. Karl-Rudolf Korte die Politikstile der Bundeskanzler. Er stellte dabei ein 8-Punkte-Analyseschema vor, das die Versuche deutscher Regierungschefs beschreibt, Auswege aus dem Entscheidungsdilemma zu finden, das sich aus inneren und äußeren Souveränitätseinbußen ergibt. Anschließend standen die Instrumente und Machtressourcen der Kanzlerschaften auf dem Programm. Prof. Karlheinz Niclauß beschäftigte sich, ergänzt durch ein Statement von Dr. Gerhard Hirscher, mit der Rolle der Parteien. Klar wurde hier, daß zu dem grundgesetzlich normierten Kanzler-, Ressort- und Kabinettsprinzip bei der Untersuchung der Politikstile noch das Partei- und Koalitionsprinzip zu treten hat. Danach rückte das Bundeskanzleramt in den Blick. Organisation, Funktionsweise und die Bedingungen für seine Effizienz arbeitete Michael Mertes, zu dessen Vortrag Dr. Jürgen Gros ein Statement gab, heraus. Anschaulich wurde gezeigt, wie Schröder die zentralen Positionen im Kanzleramt mit Gefolgsleuten besetzte. Die Frage, inwieweit die Öffentlichkeit Instrument und Machtressource der Bundeskanzler sein kann, problematisierten Wolfgang Gibowski und Dr. Manuela Glaab.

Ertragreich war auch der Blick in andere Regierungssysteme. Prof. William Paterson und Dr. Reinhard C. Meier-Walser fokussierten die parlamentarische Demokratie Großbritanniens. Prof. Clay Clemens und PD Dr. Herbert Dittgen befaßten sich mit dem präsidentiellen Regierungssystem der USA. Es wurden systemische und akteursbedingte Einflußfaktoren deutlich. Die in bezug auf die unterschiedlichen Systeme konstatierten Angleichungsprozesse ließen Rückschlüsse auf die zentrale Rolle zu, welche die Öffentlichkeit und der Medienwandel für die Politikstile spielen.

Politikstile

Systemvergleich

Bonner Jugendgipfel

Zeitgleich zum Gipfeltreffen des Europäischen Rates am 3. und 4. Juni veranstaltete die Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung mit der Bundeszentrale für politische Bildung sowie den Landeszentralen für politische Bildung in Baden-Württemberg und in Niedersachsen einen Jugendgipfel. Der Jugendgipfel fand unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse, im Bonner Wasserwerk statt.

Nach der Eröffnung des Jugendgipfels durch die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Frau Bläss, schlüpfen die über 100 Jugendliche an zwei Tagen durch drei parallel laufende Planspiele in die Rolle politischer Akteure auf der europäischen Ebene. Sie diskutierten und entschieden beispielsweise Fragen einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik, der Reform der europäischen Institutionen, Fragen der Innen- und Justizpolitik sowie die Annäherung der mittel- und osteuropäischen Staaten.



Teilnehmende des Jugendgipfels in Diskussion mit Abgeordneten des Europaausschusses des Deutschen Bundestages unter Moderation von Wolfgang Berger, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

Geschichtsforum - 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland



Bild v.r.n.l.: die Herausgeber Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte sowie der Redakteur des Handbuchs zur deutschen Einheit, Andreas Kießling. Die Forschungsgruppe Deutschland präsentierte während des Geschichtsforums die Neuausgabe des „Handbuchs zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999“, das gegenüber den vorherigen Auflagen eine stärker zeithistorische Perspektive aufweist. Das Standardwerk zur Geschichte und zu den Folgen der deutschen Einheit wurde vollständig aktualisiert und erweitert. Neue Beiträge wurden mit Blick auf das Leitthema „50 Jahre Bundesrepublik, 40 Jahre Teilung, zehn Jahre Mauerfall“ aufgenommen. Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit. 1949-1989-1999, aktual. und erw. Neuausgabe, Frankfurt a.M./New York 1999.

Mehr als 250 Zeithistoriker, Publizisten, Politiker, Sozialwissenschaftler aus dem In- und Ausland sowie über 2000 Besucher kamen zu den mehr als 80 Veranstaltungen des Geschichtsforums „Getrennte Vergangenheit – Gemeinsame Geschichte?“, das vom 28. bis 30. Mai 1999 in Berlin stattfand. Die Forschungsgruppe Deutschland am Centrum für angewandte Politikforschung gehörte zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und dem Verein „Gegen Vergessen – für Demokratie“ zu den Mitorganisatoren dieser Großveranstaltung.

Auf der Sektionsveranstaltung „Bonner Deutschlandpolitik“ beleuchtete Werner Weidenfeld zusammen mit den Mitgliedern der Forschungsgruppe Karl-Rudolf Korte, Manuela Glaab, Peter M. Wagner und Elke Bruck vor einem diskussionsfreudigen Publikum den Prozeß der deutschen Einheit. Die Panelisten präsentierten dabei unter Moderation von Werner Weidenfeld nicht zuletzt Forschungsergebnisse, die aus der Auswertung von Akten der Bundesregierung resultierten.

Manuela Glaab machte in ihrem einführenden Vortrag deutlich, daß die deutsche Einheit bis Ende der 80er Jahre weder in der Ansicht der Ost- noch der Westdeutschen auf der aktuellen politischen Tagesordnung gestanden habe. Trotz überwiegender Befürwortung der deutschen Einheit sei in beiden Teilen des Landes erst einige Zeit nach dem Mauerfall die Einheit als realistisches Szenario begriffen worden. Karl-Rudolf Korte wies in seinem Beitrag darauf hin, daß nach Aktenlage auch für die damalige Bundesregierung unter Helmut Kohl der Mauerfall völlig überraschend gekommen sei. Obwohl kein operativer Plan für den Einigungsprozeß in der Schublade der Bundesregierung gelegen habe, sei der Kanzler jedoch normativ stets auf die Einheit vorbereitet gewesen. Peter M. Wagner betonte, daß Kohl - ebenso wie Außenminister Hans-Dietrich Genscher - früher als andere das politische Potential der Veränderungen in Osteuropa erkannt habe. Zwar hätten, wie Elke Bruck schilderte, in den Monaten nach dem Fall der Mauer die Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien noch deutlichen Widerstand gegen die Vereinigung an den Tag gelegt. Der Dynamik des Prozesses im Jahr 1990 aber hätten sie sich vor allem wegen des eindeutigen Eintretens der USA für die Einheit nicht entziehen können.

War in den zahlreichen Veranstaltungen intensiv über die Interpretation von Vergangenheit – insbesondere vor dem Hintergrund der 40jährigen Zweistaatlichkeit – diskutiert worden, so richtete sich zum Ende des Forums der Blick stärker in die Zukunft. Gemeinsam mit Hans-Jochen Vogel, Joachim Gauck, Dan Diner sowie den beiden Historikern Wolfgang Benz und Wilfriede Otto erörterte Werner Weidenfeld die Frage, wie deutsche Geschichte künftig bewertet werden müsse und könne. Er machte darauf aufmerksam, daß in jeder Gesellschaft Geschichtskonjunkturen zu beobachten seien. Ähnlich wie Joachim Gauck wies Werner Weidenfeld darauf hin, daß der Deutungsvorgang besonders in Zeiten gesellschaftlich unklarer Verhältnisse immer eine stark affektive Komponente enthalte, die das Bild von der Vergangenheit verzerre. Weder in Ost noch in West gebe es ein einheitliches Geschichtsbild. Der Krieg im Kosovo führe, da waren sich die Podiumsteilnehmer einig, die Bedeutung von Geschichte und Geschichtsbewußtsein besonders drastisch vor Augen.

Das Geschichtsforum leistete einen wertvollen Beitrag zu deren Aufarbeitung und Bewertung. Die intensive Beschäftigung mit Teilaspekten der deutschen Geschichte eröffnete einen weiten Horizont für eine intensive Diskussion in den kommenden Jahren.



Hans-Jochen Vogel und Werner Weidenfeld während der Abschlußveranstaltung des Berliner Geschichtsforums.

Zehn Jahre Mauerfall aus deutsch-amerikanischer Sicht

An der Harvard University, Cambridge/Mass., wurde im Juni 1999 während eines deutsch-amerikanischen Expertentreffens die Lage Ostdeutschlands zehn Jahre nach dem Mauerfall diskutiert. Die Konferenz „The German Road from Socialism to Capitalism: Eastern Germany Ten Years after the Collapse of the GDR“ tagte am renommierten Center for European Studie der Eliteuniversität. Das Centrum für angewandte Politikforschung wurde von der stellvertretenden Leiterin der Forschungsgruppe Deutschland, Dr. Manuela Glaab, repräsentiert.

In ihrem Vortrag „The Real Consequences of the Virtual GDR“ diskutierte Glaab Symptome, Ursachen und Folgewirkungen politisch-kultureller Trennlinien im vereinten Deutschland. Der Systemwechsel in Ostdeutschland ist - anders als in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg - von einem breiten demokratischen Grundkonsens getragen. Dennoch zeigen die Umfragedaten seit Jahren in Richtung einer wachsenden Distanzierung großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung vom politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Während ökonomische Belastungen und Leistungsdefizite des Sozialstaats die Akzeptanz der vorhandenen politischen Ordnung beeinträchtigen, erscheint der Sozialismus rückblickend in einem milderem Licht. Unterschiede in den politischen Wertehierarchien lassen sich vor allem im Bereich egalitärer und sozialer Orientierungen festmachen. Dazu tragen sowohl Sozialisations- als auch Transformationserfahrungen bei. Weder wünschen sich die Ostdeutschen die DDR zurück, noch benötigt die innere Einheit eine Angleichung der Einstellungsprofile. Von einer integrierten Bürgergesellschaft, die sich durch die Wahrnehmung einer gleichberechtigten, aktiven Teilnahme am politischen Prozeß auszeichnet, ist das vereinte Deutschland jedoch noch weit entfernt.

Politisch-kulturelle Trennlinien in Deutschland



Prof. Weidenfeld traf den polnischen Außenminister Geremek in Boston aus Anlaß der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Brandeis-Universität. Brandeis ist die führende jüdische Universität in den Vereinigten Staaten von Amerika. Weidenfeld erörterte mit Geremek die zentralen strategischen Entscheidungen, die gegenwärtig in der europäischen Integration anstehen.

Europäisches Zukunftsszenario

Auf Einladung der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Forschungsgruppe Europa am Centrum für angewandte Politikforschung befaßten sich Expertengruppen in Paris und Bonn mit dem Thema „Scenarios for the future of EU-WEU relations“. Diese Veranstaltungen bilden die Grundlage für die Arbeit eines inter-

nationalen Netzwerks, das sich aus Vertretern führender Forschungsinstitute, nationaler Ministerien und europäischer Institutionen zusammensetzt. Dessen Aufgabe ist es, die Ausgestaltung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität und der Europäischen Verteidigungsfähigkeit zu analysieren und Vorschläge für die Rolle Europas als sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur zu entwickeln.

Wandel terroristischer Gewalt

Transatlantic Issues Series

Terrorismus - neue Gefahren politischer Gewalt

In Kooperation mit dem amerikanischen Generalkonsulat veranstaltete das C·A·P im Rahmen der Transatlantic Issues Series ein Expertengespräch zum Thema „Terrorismus - neue Gefahren politischer Gewalt“. Zusammen mit Dr. Bruce Hoffman (RAND Corporation, Washington, D.C.) und Dr. Wolf-Dieter Remmele (Bayerisches Staatsministerium des Innern) diskutierten etwa 35 Experten aus den Bereichen Wissenschaft, Verfassungsschutz und Justiz über die aktuelle Situation des Terrorismus und der Terrorismusbekämpfung in Deutschland sowie in den USA. Dabei kamen die Teilnehmer zu dem Ergebnis, daß sich Formen, Mittel und Strukturen politischer Gewalt seit den 70er Jahren stark gewandelt haben. Auf nationaler wie auf internationaler Ebene organisieren sich Terrorgruppen heute nicht mehr in hierarchisch strukturierten Organisationen, sondern als Netzwerke. Um solche Strukturen zu bekämpfen, so die beiden Referenten, müsse international verstärkt kooperiert werden. Weitere Informationen sind unter www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic verfügbar.

Transatlantisches „Editors' Network“

Macht, Ethik und internationale Politik

Treffen der Herausgeber von Policy-Magazinen

Das vom C·A·P ins Leben gerufene transatlantische Netzwerk außenpolitischer Policy-Magazine hat sich seit seinem Auftakt im Juni vergangenen Jahres erfolgreich etabliert. In diesem Rahmen trafen sich nunmehr in London die Mitarbeiter und Herausgeber von 14 europäischen und US-amerikanischen Fachzeitschriften zu einem runden Tisch über „Power and Ethics in International Politics“. Das Treffen wurde in Kooperation von C·A·P, dem International Affairs Magazine und dem German Marshall Fund of the United States organisiert. Die Aktualität des Themas „Macht und Ethik“ zeigte sich darin, daß sich die Diskussion vor allem auf den Konflikt im Kosovo und den Einsatz der NATO gegen Serbien konzentrierte. Die Teilnehmer sowie die eingeladenen Journalisten und Vertreter von UNHCR und Think-tanks tauschten kontroverse Positionen über Legitimität und Effektivität des NATO-Einsatzes aus. Dabei wurde konstatiert, daß sowohl Völkerrecht als auch die öffentliche Meinung in der Perzeption von rechtmäßiger Gewaltanwendung gegenwärtig einem Wandel unterliegen. Dies hänge unter anderem damit zusammen, daß sich die internationale Sicherheitsagenda geändert habe. Von internationalen Entscheidungsträgern wurde gefordert, längerfristige Strategien zu entwickeln, um vor allem beim Einsatz von Gewalt eine Eskalation von Krisen zu vermeiden.

Bertelsmann Stiftung erhält internationalen A WORLD OF DIFFERENCE-PREIS

Im Herbst 1999 wird die Gütersloher Bertelsmann Stiftung als erste nicht-amerikanische Institution in New York mit dem Internationalen A WORLD OF DIFFERENCE-Preis ausgezeichnet. Mit dem Preis werden Reinhard Mohn, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, sowie Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld, ebenfalls Mitglied des Vorstandes der Bertelsmann Stiftung und Direktor des C·A·P, für ihr Engagement in der Toleranzerziehung geehrt. Die Bertelsmann Stiftung hat die Adaption von

Lehrmaterialien des A WORLD OF DIFFERENCE-Instituts ADL für Schulen in Deutschland ermöglicht.

Das A WORLD OF DIFFERENCE-Institut wurde 1985 gegründet, um in Schulen, Universitäten, Unternehmen, Verwaltungen und politischen Institutionen Vorurteile zu bekämpfen, demokratische Ideale zu fördern und Pluralismus zu stärken. Im Mittelpunkt der Schulaktivitäten des Instituts steht das Trainingsprogramm „Eine Welt der Vielfalt“, das in einem Gemeinschaftsprojekt der Bertelsmann Stiftung und der Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P für die Schulen in Deutschland übertragen wurde.

Europäische Nachbarschaft

Partnerschaft gestalten, den Wandel steuern

Die Osterweiterung wird das Gesicht der Europäischen Union grundlegend verändern. Mit ihrem EU-Beitritt werden die neuen Mitglieder aus Ostmitteleuropa das Wohlstandsgefälle innerhalb der EU vergrößern. Dies wird die bisherige Logik der Verteilungssysteme der Gemeinschaftspolitiken aushebeln und Konflikte unter den EU-Mitgliedstaaten verschärfen. Umso wichtiger erscheint für die kommenden Jahre die Entwicklung europäischer Nachbarschaftsbeziehungen. Denn ohne eine tiefere Verständigung wird die Öffnung der Märkte, die Angleichung der Politik wie der Transfer von Zuständigkeiten auf die Ebene gemeinsamen Handelns auf Vorbehalte und Ablehnung treffen.

Die Gestaltung europäischer Nachbarschaft ist nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern auch eine Herausforderung an die Orientierungsleistung von Akteuren und Multiplikatoren in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Hypovereinsbank und das Centrum für angewandte Politikforschung haben sich dieser Aufgabe angenommen. In einem gemeinsam getragenen Dialog mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sollen die Chancen und Möglichkeiten europäischer Nachbarschaft ermittelt, die Grenzen und Hemmnisse der Integration erarbeitet sowie Wege zur Gestaltung europäischer Nachbarschaft aufgezeigt werden.

Die Gespräche sollen europäische Nachbarn zusammenführen und ihnen einen Einblick in die Vielgestaltigkeit des „großen Europa“ vermitteln. Als Dialogpartner werden an jedem Gespräch auch junge Menschen aus West-, Mittel- und Osteuropa teilnehmen, die ihren Erfahrungs- und Erwartungshorizont in den Dialog einbringen. In der Tradition der Kempfenhausener Gespräche erstreckt sich der Dialog über einen Zeitraum von zwei Jahren (1999-2001). Dabei stehen Fragen nach Kultur und Identität der europäischen Nachbarn im Mittelpunkt der Debatten. Die Ergebnisse der Gesprächsforen werden durch die Projektpartner aufbereitet und veröffentlicht. Die Erkenntnisse des Dialogs sollen einen Beitrag zur Annäherung und Verständigung zwischen den europäischen Nachbarstaaten leisten.

Planspiel Jugend und Politik im Dialog

Die Forschungsgruppe Jugend und Europa veranstaltete in Kooperation mit dem österreichischen Ministerium für Umwelt, Jugend und Familie, dem Wiener Institut für den Donauraum und Mitteleuropa und dem Koordinierungszentrum für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch TANDEM eine internationale Jugendtagung zum Thema „EU-Europa - wir kommen!“.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das von der Forschungsgruppe Jugend und Europa entwickelte Planspiel „Europa neu gestalten“ zur Osterweiterung der Europäischen Union. Die Jugendlichen aus sieben mittelosteuropäischen Ländern sowie Deutschland und Österreich hatten sich zuvor in Wien und Linz mit dem österreichischen Beitritt zur Europäischen Union und der bevorstehenden Erweiterung sowie mit Fragen der unterschiedlichen Identitäten in Europa beschäftigt. Bei der abschließenden Podiumsdiskussion konnten sie mit Verantwortlichen aus Diplomatie, Politik und Jugendarbeit in einen direkten Dialog treten. Dr. Veronika Holzer, Sektionsleiterin im Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie zog in ihrem Schlußresumée eine positive Bilanz und motivierte die Jugendlichen, alle Partizipationsmöglichkeiten über die Ländergrenzen der Europäischen Union hinweg in möglichst großem Umfang zu nutzen.

Herausforderungen für die Politik

Europäischer Dialog

Zeitzeugengespräch ...

... auf Initiative der Forschungsgruppe Jugend und Europa fand im Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft, dem einstigen Gebäude des RADIO FREE EUROPE, ein Zeitzeugengespräch mit acht ehemaligen polnischen und ungarischen Mitarbeitern des Radiosenders statt. Die Veranstaltung zu Semesterbeginn stieß bei den Studenten auf reges Interesse und wurde vom Studentenradio mitgeschnitten.



Im Berliner Traditionshotel „Adlon“ traf Professor Weidenfeld mit Bundeskanzler Schröder zusammen. Anlaß war der 13. Deutsch-Jüdische Dialog der Bertelsmann Stiftung, den Weidenfeld zusammen mit dem Londoner Verleger Lord George Weidenfeld, moderierte. Mit dieser Veranstaltungsreihe beabsichtigt die Bertelsmann Stiftung, führenden jüdischen Persönlichkeiten aus aller Welt einen authentischen Eindruck zu den in Deutschland diskutierten Themen sowie zu den Programmen und Profilen der verantwortlichen Spitzenpolitiker zu vermitteln.

Direkte Nachbarschaft in Kaliningrad

Die von der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Forschungsgruppe Europa organisierte Tagung „Strategien der Direkten Nachbarschaft für den Ostseeraum und Nordwest-Rußland“ führte europäische und russische Entscheidungsträger und Experten nach Kaliningrad.

Das Konzept der Direkten Nachbarschaft umfaßt die Gesamtheit der Folgefragen, Risiken, Asymetrien der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und dem GUS-Raum und ist deshalb für den gesamten Ostseeraum von besonderer Bedeutung. Zu den Referenten gehörten neben Think-Tank-Experten und NRO-Vertretern aus der Praxis der grenzüberschreitenden Kooperation hochrangige politische Entscheidungsträger wie Jurij Moskvitsch (stellvertretender Minister für Regionalpolitik Rußlands), Artur Kuznetsov (Repräsentant des Russischen Außenministeriums in Kaliningrad) und Stanislaw Ciosek (außenpolitischer Berater des polnischen Präsidenten). Die Relevanz des Themas für die gesamten Region bestätigte auch das rege Interesse der Planungsstäbe der skandinavischen Außenministerien: Die „gute Nachbarschaft“ in Europa erfordert eine - auf russischer und europäischer Seite erst in Ansätzen vorhandene - Strategie der „Direkten Nachbarschaft“.

Iris Kempe/Wim van Meurs (Eds.): Strategies of Direct Neighbourhood for the Baltic Sea Region and Northwestern Russia, München 1999 (working paper).

Das Konzept der Direkten Nachbarschaft

Stabilität und Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel

Die Zukunft Nord-Koreas rückt immer mehr in den Blickwinkel der westlichen Welt. Knapp ein Jahrzehnt nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes in Europa existiert das kommunistische Regime Kim Jong-ils noch immer - trotz Hungers und wirtschaftlich katastrophaler Verhältnisse im Land. Eine von Südkorea initiierte vorsichtige Annäherungspolitik und einzelne Initiativen der USA haben noch nicht zum erhofften Tauwetter geführt.

Um zu einer besseren Perzeption der koreanischen Lage zu gelangen, führte das Centrum für angewandte Politikforschung einen runden Tisch zum Thema „Security and Stability on the Korean Peninsula“ durch. Das Treffen von v.a. jüngeren amerikanischen und europäischen Entscheidungsträgern sowie Teilnehmern aus Korea, China und Japan fand in Kooperation mit der University of California at San Diego und dem Korea Economic Institute (Washington D.C.) im kalifornischen San Diego statt. Unterstützt wurde der runde Tisch im Rahmen des Projektes „Improving Responsiveness to International Change“ vom German Marshall Fund of the United States.

Zu Gast am C·A·P ...

Kolloquium mit Fidel Valdez Ramos

... Fidel Valdez Ramos, ehemaliger Staatspräsident der Philippinen, referierte im C·A·P auf Einladung der Forschungsgruppe Zukunftsfragen und der Hanns-Seidel-Stiftung zur Entwicklung Südostasiens. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, von der sich Südostasien gerade langsam erholt, wird nach Ansicht Ramos' den Wandel zu mehr Demokratie und Marktwirtschaft in der gesamten Region radikal beschleunigen. „Die Krise hat die Machtbasis der autoritären Regierungen geschwächt. Die Menschen sind kritischer geworden. Sie wehren sich gegen staatliche Korruption und verlangen nach grundlegenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen“, so Ramos während seines Vortrages. Ramos, Staatspräsident der Philippinen in den Jahren 1992 bis 1998, zeichnete die Zukunft Südostasiens vielversprechend: Er geht davon aus, daß die politische und wirtschaftliche Integration der südostasiatischen Staaten innerhalb der ASEAN weiter voranschreitet und zu einer dauerhaften Stabilität der Region führt. Mit Blick auf die Interessen Chinas bleibe es zugleich unerlässlich, daß sich die USA und Japan auch im neuen Jahrhundert als Garanten der sicherheitspolitischen Architektur Südostasiens engagierten. Ramos schloß seine Rede mit der Bemerkung, daß die Zeit reif sei, um eine „Pax Pacifica“ für den gesamten asiatisch-pazifischen Raum zu begründen.



Der ehemalige philippinische Staatspräsident Fidel Valdez Ramos während seines Vortrages am Centrum für angewandte Politikforschung.

C·A·P-Forum mit Miguel Moratinos

... einen Insider-Blick hinter die Kulissen der verzweigten Nahostdiplomatie und auf die Rolle der Europäischen Union ermöglichte der EU-Nahostbeauftragte Miguel Moratinos im Rahmen eines C·A·P-Forums zur Zukunft des Nahost-Friedensprozesses. Sein Vortrag thematisierte die politische Hilflosigkeit der EU im Nahen Osten als einen Mythos. Sehr wohl hätten die Europäer mittlerweile erkannt, daß Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien im Nahen Osten nicht lediglich auf dem Abgleich ihrer Interessen beruhen. Es gehe vielmehr darum, ein Verhandlungsumfeld zu schaffen, das durch gegenseitige Anerkennung, Empathie und Visionen eine gemeinsame ideelle Grundlage für einen interessenorientierten Aushandlungsprozeß bilde. Erst auf dieser Basis sei ein israelisch-arabischer Ausgleich zu erwarten.

Schon die Geheimverhandlungen von Oslo, die 1993 zur historischen Anerkennung zwischen der PLO und Israel führten, wären ohne die Hilfestellung der EU kaum zum Erfolg gekommen. Moratinos machte klar, daß der Friedensprozeß heute überhaupt noch eine Chance habe, sei allein den Europäern zu verdanken, die durch ihre langfristige materielle Unterstützung Arafats die Implosion des palästinensischen politischen Systems mit all seinen desaströsen Folgen für die politische Stabilität in der Region verhindert haben. Gleichwohl taste die EU bei ihrem Engagement nicht die politisch-militärische Regionalhegemonie der USA im Nahen Osten an. Ihre Erfolge seien lediglich ein Nachweis dafür, daß die EU einen notwendigen Beitrag für die politische Stabilität im Nahen Osten leiste.



Professor Weidenfeld und der EU-Nahostbeauftragte Moratinos während der Diskussion um Inhalte und Stellenwert der europäischen Nahostpolitik.

C·A·P-Porträt

Katrin Steinack M.A. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Europa. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt in der Konzeption und Durchführung einer

SommerAkademie in Kooperation mit der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung. Zudem leitet sie die Redaktion des „Jahrbuchs der Europäischen Integration“. Steinack hat in München Politikwissenschaft, Neuere und Neuste Geschichte sowie öffentliches Recht studiert.

Israelische Gastprofessur

Erklärungsmodelle
zur Entstehung von
Nationalismus

Ganz im Zeichen der Nationalismusforschung steht die aktuelle israelische Gastprofessur von Prof. Dr. Hedva Ben-Israel an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Empirie und Theorie bilden in ihren Kursen („The Theory and Practice of Modern Nationalism“ und „Testing Theories of Nationalism: Case Studies“) zwei Seiten einer Medaille: Komparativ angelegte Fallstudien aus Geschichte und Gegenwart liefern das theoretische Rüstzeug zur wissenschaftlichen Erklärung von Nationalismus; gleichzeitig erlauben sie eine Überprüfung der Tauglichkeit unterschiedlicher Erklärungsmodelle. Die vergangenen zwei Jahrhunderte haben zahlreiche und unterschiedlichste Ausprägungen von Nationalismus hervorgebracht, deren Studium und Analyse von vitalem Interesse für unsere Gesellschaft von heute und morgen ist. Hedva Ben-Israel hat in Jerusalem und in Cambridge (UK) studiert; an der Hebrew University hatte sie den Lehrstuhl für Nationalismusforschung inne. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten zählt die Europäische Geschichte vor allem der Zwischenkriegszeit. Lehre und Forschung führten sie mehrfach in die Vereinigten Staaten, so etwa ans Trinity College Hartford, Connecticut, aber auch nach Australien an die Unit for the History of Ideas, Canberra.

Ihr Aufenthalt in München ist Bestandteil des Projekts „Netzwerk Europapolitik an israelischen Hochschulen“, das gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung durchgeführt wird. Ziel dieses Projekts ist es, Wissen rund um die Europäische Integration zu vermitteln und die Rolle der Europäischen Union als Partner für Israel hervorzuheben. Es ermöglicht Multiplikatoren aus dem akademischen und öffentlichen Bereich, im europäisch-israelischen Dialog Erfahrungen sowie strategische Konzepte und Optionen regionaler Integration zu diskutieren. Neben dem wechselseitigen Austausch von Gastprofessoren, Fachkonferenzen und gemeinsamen Veröffentlichungen ist die Förderung des Dialogs zwischen jungen israelischen und europäischen Postgraduierten ein zentrales Anliegen des Projekts. Die Kooperationspartner auf israelischer Seite werden durch Ausschreibung ermittelt. Das Projekt steht allen israelischen Hochschulen offen.

Chinesischer Gastprofessor

Reformprozeß der EU

Professor Dr. Yeh Young-ming von der Chengchi Universität in Taipei, Taiwan, ist im Rahmen eines vom DAAD geförderten dreimonatigen Forschungsprojekts Gast am Centrum für angewandte Politikforschung

Im Mittelpunkt seiner Forschungsarbeit stehen der Reformprozeß der EU in den neunziger Jahren und politischer Extremismus in Deutschland. Für Professor Yeh ist dieser Aufenthalt in München auch eine Rückkehr an die Universität, an der er in den frühen achtziger Jahren seine Promotion erwarb.

Bosnische Wahlleiter am C·A·P

Perspektiven
Bosnien-Herzegowinas

Eine Gruppe von zehn bosnischen Wahlleitern besuchte im Juni 1999 das Centrum für angewandte Politikforschung. In einer Diskussion im kleinen Kreis wurden die Perspektiven Bosnien-Herzegowinas hinsichtlich Demokratisierung und Integration in die Europäische Union erörtert. Die Teilnehmer kamen darin überein, daß erst nach Überwindung des „kalten Friedens“ der Bestand Bosnien-Herzegowinas als Gesamtstaat gesichert und die Gefahr eines Zerfalls in seine ethnischen Teile gebannt sein wird. Ein besonderes Problem ist dabei die Rückkehr der Flüchtlinge auch in ethnisch gemischte Siedlungsräume. Ebenso wird die bosnische Wirtschaft noch lange unter den Kriegsfolgen leiden.

Faktenlexikon Deutschland

Was sind die zentralen Etappen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland? Wie entwickeln sich die Bevölkerungs- und Gesellschaftsstrukturen in Deutschland? Wie funktioniert das deutsche Regierungssystem? Welche Herausforderungen bestimmen die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik? Wie sieht die Kulturförderung in Deutschland aus? Das *Faktenlexikon Deutschland* beantwortet diese und viele weitere Fragen kompakt und zuverlässig. Ausgewählte Daten und Fakten werden in dem Nachschlagewerk nicht nur benutzerfreundlich aufbereitet und präsentiert, sondern auch in Gesamtzusammenhänge eingeordnet. Das Buch gliedert sich in die fünf Kapitel Geschichte, Gesellschaft, Staat und Politik, Wirtschaft sowie Kultur. Eine Vielzahl von Grafiken und Tabellen ergänzen die Ausführungen zu den jeweiligen Stichwörtern, ein detailliertes Register erleichtert den Faktenzugriff.

Das *Faktenlexikon Deutschland* ist Datensammlung, lexikalisches Nachschlagewerk und Lesebuch zugleich. Es wendet sich sowohl an wissenschaftlich orientierte Leser, die zielsicher und zuverlässig auf historische, gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche oder kulturelle Einzelaspekte zugreifen möchten, als auch an jene, die einfach nur das informative Lesevergnügen suchen und ihr Wissen über Deutschland erweitern wollen. Adressen- und Literaturverzeichnis im Anhang erleichtern darüber hinaus eigene Recherchen.



JÜRGEN GROS/MANUELA GLAAB:
Faktenlexikon Deutschland. Geschichte, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur, München 1999, Wilhelm Heyne Verlag, ISBN 3-453-15532-7, 606 Seiten, 24,90 DM.

Agenda 2000

Das Reformpaket „Agenda 2000“ soll die Europäische Union ins nächste Jahrtausend führen. Betroffen von diesen Reformvorschlägen sind maßgeblich die Gemeinsame Agrarpolitik, die europäische Strukturpolitik und die Neuordnung des EU-Finanzrahmens. Die Reformbedingungen der Gemeinsamen Agrarpolitik untersucht der Autor anhand folgender Fragen:

- Welche Defizite weist die gegenwärtige Agrarpolitik auf und welchen Herausforderungen muß eine reformierte Agrarpolitik Rechnung tragen?
- Reichen die Reformvorschläge der Agenda 2000 aus, um den bestehenden Herausforderungen wirkungsvoll zu begegnen?
- Wie sollte eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik aussehen, die vor allem dem äußeren Kontext der fortschreitenden Marktliberalisierung gerecht würde?

Im Mittelpunkt der Studie, die im Auftrag der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Forschungsgruppe Europa am Centrum für angewandte Politikforschung erstellt wurde, steht die Forderung nach einer „alternativen Agrarreform“, die in ihren Grundzügen marktliberal konzipiert und deren Umsetzung anreizkompatibel zu gestalten ist. Im Vordergrund steht dabei das Ziel der Schaffung einer leistungs- und anpassungsfähigen Agrarwirtschaft. Dies kann erreicht werden, indem die Rahmenbedingungen des agrarpolitischen Entscheidungssystems so verändert werden, daß seine Akteure ein eigenes Interesse entwickeln, eine marktdäquate Agrarpolitik zu betreiben. Die veränderten politischen Kontexte schließen somit eine Orientierung am Status quo aus. Rieger geht in seiner Studie davon aus, daß die Agenda 2000 keine echte Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik darstellt. Mit seinem Gegenmodell macht er deutlich, daß mit einer „alternativen Agrarreform“ und einer anreizkompatibel gestalteten Umsetzung der Umfang zukünftiger politischer Interventionen mit größerer Wahrscheinlichkeit vermindert und ihre Inhalte eher ursachen- bzw. zieladäquat ausfallen werden.



ELMAR RIEGER:
Agenda 2000. Reform der Gemeinsamen Agrarreform, Gütersloh 1999, Verlag Bertelsmann Stiftung, ISBN 3-89204-841-X, 80 S., 15,- DM.

C·A·PLANUNG

30. Juli-10. August 1999
Multiplikatorenschulung
„Ohne Angst verschieden
sein“ in Karaburun (Türkei).

23.-27. August 1999
SommerAkademie „Europa“
der Bertelsmann Wissen-
schaftsstiftung und des C·A·P
in Kloster Seon.

23.-27. August 1999
Treffen der AG 1 im interna-
tionalen Toleranznetzwerk in
Belfast.

8.-10. September 1999
Hoechst Triangle Forum in
Schloß Höchst, Frankfurt a.M.

15.-17. September 1999
Treffen der AG 2 im interna-
tionalen Toleranznetzwerk in
Amsterdam.

22./23. September 1999
Fazit „Deutschland“ in Berlin,
veranstaltet von FAZ, Deut-
schlandRadio und C·A·P.

12./13. Oktober 1999
Kolloquium Geist&Zeit zum
Thema „Eigenverantwortung
und staatliche Regulierung“ in
Berlin.

C·A·PANORAMA

erscheint vierteljährlich und wird
herausgegeben vom
Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld
Graefinger Straße 2
81671 München
Tel. 089/4904 290
Fax 089/4904 2929
e-mail: cap.office@lrz.uni-muenchen.de
http://www.cap.uni-muenchen.de
Geschwister-Scholl-Institut für
Politische Wissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München
Gestaltung: Dr. Jürgen Gros
Redaktion: Dr. Jürgen Gros, Eva Feldmann M.A.,
Christiane Müller-Schüll

Wie glaubwürdig ist die Rußland-Politik des Westens?

Gedanken zum Kosovo-Krisenmanagement

von Dr. Martin Brusis

Das bisherige westliche Krisenmanagement im Kosovo-Konflikt war die Nagelprobe für die Bereitschaft des Westens, Rußland in eine europäische Sicherheitsarchitektur einzubinden - sie schlug fehl aus Gründen, die viel zu wenig öffentlich beachtet und analysiert wurden. Bis zum Beginn der NATO-Luftangriffe erwies sich die Balkan-Kontaktgruppe als außerordentlich erfolgreiche sicherheitspolitische Innovation, die trotz aller Meinungsunterschiede zwischen den westlichen Staaten und Rußland eine gemeinsame Politik ermöglichte. Mit dem Abkommensentwurf von Rambouillet mündete sie in eine detaillierte, kodifizierte und von allen Kontaktgruppenstaaten mitgetragene politische Zukunftsvision für das Kosovo. Milosevic konnte das Abkommen blockieren, weil er wußte, daß Rußland eine NATO-Friedenstruppe ablehnte. Diese Gewißheit verschaffte ihm die westliche Diplomatie, die im Vorfeld der Rambouillet-Konferenz keine Einigung mit Rußland suchte.

Die amerikanischen Vermittler stellten die russische Regierung vor vollendete Tatsachen, indem sie über die militärischen Implementationsregelungen des Abkommens erst während der Konferenz informierten. Warum die amerikanischen Diplomaten den informellen Koordinationsmechanismus der Kontaktgruppe nicht nutzten und ihn damit faktisch entwerteten, ist unklar. Die Erfahrung mit dem Dayton-Abkommen und seiner Implementierung hätten vermuten lassen, daß Rußland weder gegen eine gut ausgerüstete und schlagkräftige Friedenstruppe, noch gegen NATO-Kommandostrukturen innerhalb eines zivilen Implementationsrahmens eingetreten wäre. Angesichts der seit März 1998 eskalierenden Gewalt im Kosovo sprachen auch starke Sachargumente für eine robuste Friedenstruppe. Sollte hier das sicherheitspolitische Leitbild der NATO-Osterweiterung gewirkt haben, wonach Rußland auf keinen Fall ein Veto-Recht über NATO-Entscheidungen zuzugestehen sei? Jedenfalls rief die Nichteinbeziehung durch den Westen genau den im Leitbild erwarteten Reflex hervor, daß die russische Regierung sich auf ihr Veto gegen eine NATO-geführte Friedenstruppe versteifte.

Man mag einwenden, daß Rußland selbst bei einer gleichberechtigten Beteiligung an der Kontaktgruppenplanung aufgrund gekränkter Supermachtambitionen und slawisch-orthodoxer Sympathien eine NATO-Friedenstruppe nicht hingenommen hätte. Dieser verbreiteten Sichtweise widerspricht aber, daß Rußland Anfang Mai beim Treffen der G-8-Außenminister eine „internationale Sicherheitspräsenz“ im Kosovo akzeptierte. Natürlich läßt sich grundsätzlich bezweifeln, daß eine russische Unterstützung für eine NATO-Friedenstruppe Milosevic umgestimmt und Luftangriffe vermieden hätte. Ein voller Konsens innerhalb der Kontaktgruppe hätte jedoch in eine Resolution des UN-Sicherheitsrates Eingang finden und eine (tragfähigere) völkerrechtliche Grundlage für etwaige NATO-Angriffe bilden können. Und die ernsthafte Bemühung um eine Konsensbildung auch über die militärische Umsetzung des Rambouillet-Abkommens hätte dem westlichen Angebot einer Sicherheitspartnerschaft mit Rußland mehr Glaubwürdigkeit verliehen. Die nachträglichen Initiativen insbesondere der Bundesregierung, Rußland wieder „an Bord“ zu holen, können den in einer Schlüsselphase des Krisen-Managements entstandenen Vertrauensschaden nur notdürftig beheben.

Der Verfasser ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centrum für angewandte Politikforschung.